

FACT SHEET VERMÖGENSVERTEILUNG

UNTERSTÜTZENDE INFORMATIONEN ZUR SORA-UMFRAGE ZUM
THEMA UNGLEICHHEIT

Vermögensverteilung in Österreich

Vermögensverteilung in Österreich

Ergebnis Sozialbarometer: 89% stimmten der Aussage zu, dass die Schere zwischen Arm und Reich in Österreich in den letzten Jahren immer weiter auseinander gegangen ist.

Im internationalen Vergleich ist die Vermögenskonzentration in Österreich besonders hoch. Laut einer Studie der Österreichischen Nationalbank¹ besitzen die reichsten 5% der Haushalte 45% des Bruttovermögens², die ärmsten 50% weniger als 4%. Dieser Anteil der ärmsten ist zwischen 2010 und 2014 relativ konstant bei 3 bis 4% geblieben. Im Durchschnitt haben diese Haushalte ein Bruttovermögen von 22.000 Euro, die ärmsten 25% gar nur unter 11.000 Euro. Bei den reichsten handelt es sich um durchschnittlich 2,6 Millionen Euro an Bruttovermögen pro Haushalt. Knapp 190.000 Haushalte besitzen somit zusammen fast die Hälfte des privaten Vermögens, also 500 Milliarden Euro. Diese Ungleichheit in der privaten Vermögensverteilung zeigt sich auch im Gini-Koeffizienten, der in Österreich bei 0,73³ relativ hoch ist (vgl. AK Wien 2013: 4-7). Studien (siehe u.a. JKU 2013) sprechen allerdings von einer noch dramatischeren Schieflage, da das Privatvermögen gerade der Reichsten nur schwer zu erheben ist. Die meisten Menschen haben also wenig, nur wenige besitzen viel.

¹ Diese bezieht sich auf die „Household Finance and Consumption Survey“ (HFCS) der Europäischen Zentralbank (EZB), die in 15 Ländern der Euro-Zone durchgeführt wurde. Die erstmalige Erhebung fand 2010 statt, eine weitere folgte 2014. Die Studien finden sich unter:

<https://www.hfcs.at/publikationen/dokumentation.html> (download am 29.11.2016)

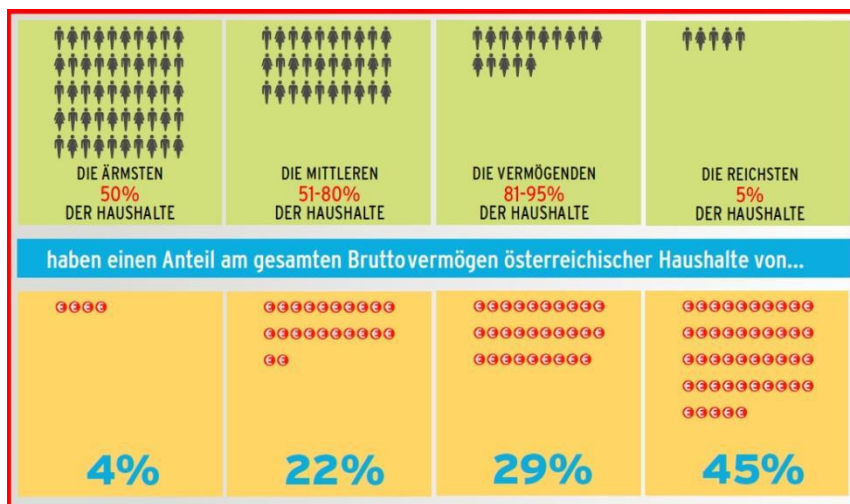
² Das Bruttovermögen setzt sich aus dem Sachvermögen (z.B. Immobilien, Fahrzeuge, Unternehmensbeteiligungen) und aus dem Finanzvermögen (z.B. Girokonto, Bausparverträge, Wertpapiere) zusammen. Wird die Verschuldung abgezogen, erhält man das Nettovermögen.

³ Ein Wert von 1 würde eine Konzentration des Vermögens bei einer Person bedeuten, bei einem Wert von 0 würden alle gleich viel besitzen.

VOLKSHILFE ÖSTERREICH

Auerspergstraße 4, 1010 Wien, Tel.: +43 1 402 62 09, E-Mail: office@volkshilfe.at
UID: ATU59085279, ZVR: 382399593, DVR: 0414093
IBAN: AT49 1200 0004 1807 2104, BIC: BKAUATWW

Gleichzeitig sind aktuell rund 14% der Bevölkerung in Österreich armutsgefährdet, das entspricht 1.178.000 Menschen. Armuts- und ausgrenzungsgefährdet sind 1,551.000 Menschen (18% der Bevölkerung). Als Armutsgefährdungsschwelle werden laut EU-SILC 60% des Median-Pro-Kopf-Haushaltseinkommens definiert. Für einen Einpersonenhaushalt beträgt die Armutsgefährdungsschwelle laut EU-SILC 2015 13.956 Euro pro Jahr, das sind 1.163 Euro im Monat (Jahreszwölftel). Für Mehrpersonenhaushalte erhöht sich der Betrag um rund 582 Euro pro Erwachsenen bzw. um 349 Euro pro Kind. Für eine Alleinerzieherin mit einem Kind sind das beispielsweise 1.512 Euro, für eine aus zwei Erwachsenen und zwei Kindern bestehende Familie sind das 2.442 Euro. Das Medianeinkommen armutsgefährdeter Haushalte ist um 20,5% geringer als die Armutsgefährdungsschwelle.



Quelle: AK Wien 2013, S. 5

Piketty (2014) hat in seinem Werk „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ bereits aufgezeigt, dass weltweit die Konzentration von Vermögen beim reichsten Prozent seit dem Zweiten Weltkrieg zugenommen hat – und dass dies entscheidend für steigende Armut und ungleiche gesellschaftliche Teilhabe ist. Denn auch in Österreich zeigt sich: Vermögen ist ungleicher verteilt als Einkommen. Die ungleiche Vermögensverteilung lässt sich zu 20% durch Einkommensunterschiede erklären und zu fast 40% durch Erbschaften und Schenkungen (vgl. Leitner 2015: 13). Während die ärmsten 20% der Haushalte rund 14.000 Euro erben, betragen die mittleren Erbschaften der reichsten 20% rund 240.000 Euro (vgl. AK 2013: 8).

VOLKSHILFE ÖSTERREICH

Auerspergstraße 4, 1010 Wien, Tel.: +43 1 402 62 09, E-Mail: office@volkshilfe.at
 UID: ATU59085279, ZVR: 382399593, DVR: 0414093
 IBAN: AT49 1200 0004 1807 2104, BIC: BKAUATWW

Auswirkungen auf Gesundheit und sozialen Zusammenhalt

Ergebnis Sozialbarometer: 83% sehen in der wachsenden Ungleichheit eine Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes.

Den meisten ÖsterreicherInnen ist bewusst, dass dieses Ungleichheitsgewicht zu groß ist – und dass es sich auf unterschiedliche Ebenen auswirkt und Folgen für alle Lebensbereiche hat. Dies ist auch empirisch belegt. So zeigt eine Studie von Richard Wilkinson und Kate Pickett (2009)⁴, dass eine ungleiche ökonomische Verteilung negative Auswirkungen auf Gesundheit, Bildung, Sicherheit und das Zusammenleben hat – und zwar für die gesamte Gesellschaft: In ungleichen Gesellschaften haben die Menschen eine geringere Lebenserwartung und leiden öfter unter psychischen Erkrankungen. Sie weisen geringere Lese- und Schreibkompetenzen auf und haben niedrigere Bildungsabschlüsse. Die Kriminalitätsraten sind höher, die soziale Mobilität geringer. Es kommt vermehrt zu Mobbing. Das gegenseitige Vertrauen ist geringer, ebenso wie das „community life“. Dies wirkt sich natürlich auf den sozialen Zusammenhalt aus. Und besonders zentral: Nicht arme oder benachteiligte Menschen sind vordergründig davon betroffen, sondern alle Menschen einer Gesellschaft spüren die ausschließlich negativen Auswirkungen von ungleicher Vermögensverteilung!

⁴ Richard Wilkinson hat diese Zusammenhänge in einem Vortrag am 24.11.2016 in Wien mit aktuellen Daten empirisch belegt.

VOLKSHILFE ÖSTERREICH

Auerspergstraße 4, 1010 Wien, Tel.: +43 1 402 62 09, E-Mail: office@volkshilfe.at
UID: ATU59085279, ZVR: 382399593, DVR: 0414093
IBAN: AT49 1200 0004 1807 2104, BIC: BKAUATWW

Demokratiepolitische Auswirkungen

Ergebnis Sozialbarometer: 86% glauben, dass steigende Armut und Arbeitslosigkeit das Vertrauen in die Demokratie senkt.

Eine ungleiche Vermögensverteilung wirkt sich nicht nur auf das gegenseitige Vertrauen innerhalb von Gesellschaften aus, sondern auch auf die Verteilung von Machtverhältnissen und Mitsprachemöglichkeiten. Wirtschaftliche Macht ist verknüpft mit politischem Einfluss, vermögende Personen haben dadurch Einfluss auf Regierungsentscheidungen („Machtfunktion des Vermögens“). Die Folgen sind oft Abbau von Finanzmarktregulationen, Steuererleichterungen für Reiche und Privatisierungen. Piketty (2014) hat gezeigt, dass Familiendynastien durch Vererbung von stetig wachsendem Vermögen eine immer dominantere Rolle in der Gesellschaft einnehmen. Wie bereits gezeigt, spielt auch in Österreich Erben für den Vermögensaufbau und die ungleiche Vermögensverteilung eine entscheidende Rolle.

Auf der anderen Seite haben immer mehr Menschen den Eindruck, dass sie selbst keinen Einfluss nehmen können, dass sich ihre eigene Lebenssituation durch politische Maßnahmen nicht verbessern wird. Colin Crouch (2008) hat in seinem Buch „Postdemokratie“ diese Entwicklungen aufgegriffen und folgendes Szenario gezeichnet: Wahlen und Wahlkämpfe verkommen zu einem Spektakel, nur noch von einzelnen ExpertInnen ausgewählte Themen und Probleme werden diskutiert, die Mehrheit der Bevölkerung muss als passive Masse zu Wahlen überhaupt erst motiviert werden. Dies sind gefährliche Tendenzen für demokratische Entscheidungsprozesse! Nicht zuletzt durch soziale Rechte und staatliche Maßnahmen, die nicht nur den reichsten 5 Prozent der Bevölkerung zugute kommen, muss gegengesteuert werden.

VOLKSHILFE ÖSTERREICH

Auerspergstraße 4, 1010 Wien, Tel.: +43 1 402 62 09, E-Mail: office@volkshilfe.at
UID: ATU59085279, ZVR: 382399593, DVR: 0414093
IBAN: AT49 1200 0004 1807 2104, BIC: BKAUATWW

Staatliche Verantwortung

Ergebnis Sozialbarometer: 83% sind der Meinung, dass es in der Verantwortung des Staates liegt, die Kluft zwischen Arm und Reich zu reduzieren.

Zwar gibt es keine Studien darüber, wie viel Vermögen von österreichischen Haushalten in Steueroasen liegt – und somit nicht versteuert wird. In einer Studie der internationalen NGO Tax Justice wurde allerdings gezeigt, dass rund 10% des weltweiten Privatvermögens von 231 Billionen US-Dollar in Steueroasen liegen. Das führt zu einem Steuerausfall von unglaublichen 190 Milliarden US-Dollar jährlich weltweit (vgl. AK 2013: 13)!

Dabei würde Österreich die Steuereinnahmen dringend brauchen – nicht zuletzt zur Absicherung und für den Ausbau von sozialstaatlichen Leistungen. Denn die Sicherung von Lebensqualität wird über den sozialen Wohnbau, Sozialleistungen und eine flächendeckende Gesundheitsversorgung geleistet. Nehmen wir die Armutsgefährdung in Österreich als Beispiel, so zeigt sich, dass vor Pensionen und Sozialleistungen 44% der Bevölkerung armutsgefährdet wären, vor Sozialleistungen (ohne Pensionen) noch immer 26%. Nach Sozialleistungen reduziert sich die Armutsgefährdung auf 14% (vgl. Statistik Austria 2016a). Gleichzeitig gibt es mit der Mindestsicherung – noch - ein Instrument zur Vermeidung von Armut und sozialer Ausgrenzung, das zur materiellen Absicherung nach unten beiträgt. 2015 betragen die Ausgaben dafür knappe 870 Millionen Euro – und somit 0,87% der gesamten Sozialausgaben (vgl. Statistik Austria 2016b). Sozialstaatliche Transferleistungen sowie Investitionen in soziale und öffentliche Infrastruktur tragen dazu bei, Vermögensungleichheit teilweise auszugleichen.

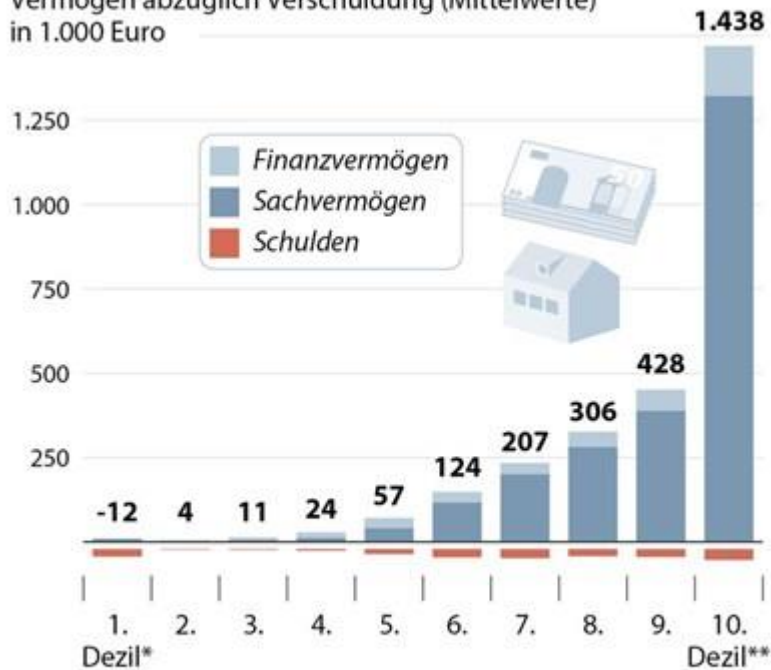
Nichtsdestotrotz findet staatliche Umverteilung in Österreich vor allem auf der Einkommensebene statt – Vermögen wird nur marginal besteuert. Österreich ist diesbezüglich international unter den Schlusslichtern zu finden. Das bedeutet, nicht nur durch Steuerflucht, sondern auch durch das weitgehende Fehlen von vermögensbezogenen Steuern entgehen Österreich Einnahmequellen. Je nach Modell der Besteuerung gehen Schätzungen von 400 Millionen bis 1,5 Milliarden Euro zusätzlicher Einnahmen aus (vgl. AK 2013). Zudem würde eine Besteuerung ab einem Vermögen von 500.000 Euro nur einen kleinen Kreis, namentlich die reichsten 10 Prozent in Österreich, treffen.

VOLKSHILFE ÖSTERREICH

Auerspergstraße 4, 1010 Wien, Tel.: +43 1 402 62 09, E-Mail: office@volkshilfe.at
UID: ATU59085279, ZVR: 382399593, DVR: 0414093
IBAN: AT49 1200 0004 1807 2104, BIC: BKAUATWW

Nettovermögen der Österreicher

Vermögen abzüglich Verschuldung (Mittelwerte)
in 1.000 Euro



* 10 % der Bevölkerung mit dem niedrigsten Vermögen

** 10 % der Bevölkerung mit dem höchsten Vermögen

Grafik: © APA, Quelle: APA/Nationalbank



Quelle: Standard vom 20.06.2016

Es braucht daher nicht nur eine (materielle) Absicherung nach unten, sondern auch einen Deckel nach oben! Und die Mehrheit der ÖsterreicherInnen sieht dies ebenso:

Ergebnis Sozialbarometer: Als eine Maßnahme zur Reduktion von Ungleichheit stimmen 70% der Befragten der Forderung nach einer Steuer von einem Prozent auf Vermögen über 500.000 Euro zu.

VOLKSHILFE ÖSTERREICH

Auerspergstraße 4, 1010 Wien, Tel.: +43 1 402 62 09, E-Mail: office@volkshilfe.at

UID: ATU59085279, ZVR: 382399593, DVR: 0414093

IBAN: AT49 1200 0004 1807 2104, BIC: BKAUATWW

www.volkshilfe.at

Quellen

AK Wien (2013): Die Verteilung von Vermögen in Österreich. AK Infos, Wien

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt a.M.

JKU (2013): Vermögen in Österreich – Bericht zum Forschungsprojekt „Reichtum im Wandel“. Linz

ÖNB (2016): HFCS 2014: Erste Ergebnisse für Österreich (zweite Welle), unter: <https://www.hfcs.at/publikationen/dokumentation.html> (download am 29.11.2016)

Picketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München

Standard (2016): Selbst Millionäre glauben in Österreich, sie gehören zur Mitte, unter: <http://derstandard.at/2000039382094/Selbst-Millionaere-glauben-in-Oesterreich-sie-gehoren-zur-Mitte> (download am 29.11.2016)

Statistik Austria (2016a): Tabellenband EU-SILC 2015: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Wien

Statistik Austria (2016b) Sozialausgaben, unter: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/sozialsc_hutz_nach_eu_konzept/sozialausgaben/index.html (download am 01.12.2016)

Wilkinson, Richard/ Pickett, Kate (2009): Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Berlin

VOLKSHILFE ÖSTERREICH

Auerspergstraße 4, 1010 Wien, Tel.: +43 1 402 62 09, E-Mail: office@volkshilfe.at
UID: ATU59085279, ZVR: 382399593, DVR: 0414093
IBAN: AT49 1200 0004 1807 2104, BIC: BKAUATWW